

Probleme der Demokratie im Wirtschaftsleben und im Betrieb

Autor(en): **Ströbele, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **48 (1956)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353723>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Probleme der Demokratie im Wirtschaftsleben und im Betrieb

Welche Formen von Wirtschaftsdemokratie sind möglich auf nationaler und betrieblicher Ebene? Wie weit sind die einzelnen europäischen Länder in der Verwirklichung der Demokratie im Wirtschaftsleben vorgeschritten? Ist der Weg der Genossenschaft oder der Verstaatlichung geeignet, um dem Arbeiter auch in der Wirtschaft seine demokratischen Rechte zu garantieren? Diese Fragen bildeten das Hauptthema der letztjährigen Gewerkschaftsschule der Europäischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, die vom 12. bis 24. September 1955 Gewerkschafter aus zwölf europäischen Ländern — darunter auch zwei Vertreter der Schweiz — zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch vereinigte.

Kursort war die neue Volkshochschule Esbjerg des Dänischen Gewerkschaftsbundes. Ein paar Kilometer landeinwärts von der Hafenstadt Esbjerg an der Westküste Jütlands steht in aufgelockelter Anordnung mitten im Grünen ein Gebäudekomplex, der allen Anforderungen eines Schulbetriebs in Internatsform aufs beste zu entsprechen vermag. Ein während Jahren von den Arbeiterorganisationen erhobener Extrabeitrag von ein paar Oere pro Woche hat es ermöglicht, diese Anlage zu schaffen, die im Arbeiterbildungswesen Dänemarks eine wichtige Stellung einnimmt. In nicht abreißender Folge werden hier Gruppenkurse für Erwachsene durchgeführt, an denen allgemeine oder spezielle Fragen des gesellschaftlichen Lebens vom Standpunkt des Arbeiters behandelt werden.

Für die Teilnehmer der Gewerkschaftsschule stand, wie bemerkt, die *Wirtschaftsdemokratie* im Mittelpunkt der Diskussionen. Doch war fast nicht zu vermeiden, daß in diesem Zusammenhang auch andere wirtschaftliche und gewerkschaftliche Probleme berührt wurden, und mehr als einmal brauchte es die Intervention des Kursleiters, *Walter Schevenels*, um die Aussprache wieder auf das Hauptthema zurückzuführen. Seine reiche Erfahrung als Gewerkschafter, seine umfassenden Sprachkenntnisse und seine große Vertrautheit mit dem zu behandelnden Stoffgebiet prädestinierten ihn geradezu zur Leitung dieses internationalen Parlamentes. Mit seinem eröffnenden Ueberblick über die Entwicklung des Arbeiterrechtes seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart gab er zu erkennen, wie rasch sich eigentlich die Entwicklung vollzogen hat bis zu dem Punkt hin, da die Arbeiterschaft für sich Mitsprache und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben beansprucht.

Im Lande der ältesten Gewerkschaftsbewegung, in Großbritannien, konnte sich die Betriebsdemokratie auf dem Wege der bereits während des Ersten Weltkrieges geschaffenen Whitley Councils in

größeren Maßstab nicht durchsetzen. Die Nationalisierung hat auch nicht in vollem Sinne zur Betriebsdemokratie geführt, aber sie bedeutet doch einen wichtigen Schritt in dieser Richtung. Wie aus den Ausführungen von *Lionel Murray*, dem Sekretär der Forschungs- und Wirtschaftsabteilung des Trade Union Congress zu entnehmen war, legen die britischen Gewerkschaften mehr Gewicht auf die überbetriebliche Mitbestimmung. Sie bestehen darauf, zur Beratung über wichtige Landesfragen zugezogen zu werden und in maßgebenden Ausschüssen vertreten zu sein. Die traditionelle Verbindung zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der englischen Arbeiterpartei hat bisher der Aufrechterhaltung der direkten Beziehungen mit der konservativen Regierung keinen Abbruch getan. Der Bundessekretär der Force ouvrière, *G. Ventejol*, entwarf in seinem Vortrag ein recht imponantes Gebäude der Demokratie im französischen Wirtschaftsleben, das zum großen Teil auf gesetzlichen Bestimmungen beruht. Eine genauere Analyse, die in den anschließenden Fragestunden erfolgte, ergab jedoch, daß die Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Wirtschaft noch recht gering ist, und eine private Diskussion des Schreibenden mit einigen französischen Kollegen ließ erkennen, daß das Vertragswesen in vielen Industrien und Gebieten sehr unzulänglich ausgebaut ist.

In den skandinavischen Ländern bestehen mit Ausnahme Finnlands, das eine gesetzliche Regelung kennt, freie Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden über die Funktion von Betriebsräten, die konsultativen Charakter haben. Man spricht dabei denn auch nicht von Wirtschaftsdemokratie, und die sehr starken Gewerkschaften gehen mehr darauf aus, überbetrieblich maßgebenden Einfluß auf die verschiedenen Wirtschaftszweige zu gewinnen. Auf die Frage, ob die Genossenschaften die Wirtschaftsdemokratie verwirklichen können, antwortete *E. Dutilleul*, Direktor der Société générale coopérative in Belgien, im bejahenden Sinne, seine Behauptung mit handfesten Argumenten begründend. Es fehlte jedoch nicht an «Stimmen aus dem Publikum», die daran erinnerten, daß dies nur dann der Fall ist, wenn die Genossenschaft in ihrer reinen ursprünglichen Form besteht.

Welches heute der Stand der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Deutschland ist, legte mit einer gallisch anmutenden Eleganz des Vortrages und Präzision der Formulierung *Ludwig Rosenberg*, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dar. Über die Mitbestimmung der Arbeiter im Bergbau und in den Eisen und Stahl erzeugenden Industrien und ihre Mitsprache in den übrigen Industriezweigen wurde in dieser Schrift bereits orientiert, weshalb hier nur bemerkt sei, daß den Gewerkschaften eine enorme Schulungsaufgabe erwachsen ist, damit die zustehenden Rechte durch geeignete Funktionäre auch richtig ausgeübt werden können. Die allen Kursteilnehmern auf der Zunge gelegene Frage, ob das in

Deutschland Erreichte gewerkschaftlich gesehen sich als wirklicher Erfolg erwiesen habe, beantwortete Rosenberg mit ja, verhehlte aber auch die Schwierigkeiten nicht, die immer wieder auftauchen.

Würde die wirtschaftliche Demokratie in der Entwicklung parallel laufen mit der politischen Demokratie, dann müßte die Schweiz, was die Wirtschaftsdemokratie betrifft, seit langem in den vordersten Rängen stehen. Esbjerg zeigte aber, daß wir in dieser Beziehung wenigstens scheinbar einen Rückstand aufweisen. Scheinbar deshalb, weil nach unserer Auffassung die zahlreichen von unseren Verbänden abgeschlossenen Gesamtarbeitsverträge schließlich auch ein Stück Wirtschaftsdemokratie bedeuten und dem Herrn-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer viel Boden entzogen haben. Zudem besteht bei uns nicht nur wie in England und Skandinavien ein ungeschriebenes Gesetz, sondern eine klare Verfassungsbestimmung, nach der neben anderen wirtschaftlichen Spitzenverbänden beim Erlaß von Gesetzen und gesetzesähnlichen Bestimmungen wirtschaftlicher und sozialer Natur auch der Gewerkschaftsbund im sogenannten Vernehmlassungsverfahren anzuhören ist, wodurch er ein Mitspracherecht auf nationaler Ebene ausüben kann. Der schweizerische Weg zu einem vermehrten Mitspracherecht, das sicher anzustreben ist, wird auf betrieblicher Ebene über den Gesamtarbeitsvertrag und seine Arbeiterkommissionen und auf nationaler Ebene über den Gewerkschaftsbund gehen müssen. Noch gibt es für die Wirtschaftsdemokratie keine allgemein gültige Lösung, jedes Land wird unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten vorläufig seine eigene Straße gehen. Esbjerg hat aber gezeigt, wie notwendig und anregend es ist, eine so wichtige Frage international zu erörtern und daß es unser Ziel bleiben muß, wie für andere Fragen auch für das Problem der Wirtschaftsdemokratie schließlich auf europäischer Ebene eine Lösung zu finden.

A. Ströbele.

Buchbesprechungen

Dr. W. Bernsdorf/Prof. Dr. Fr. Bülow. Wörterbuch der Soziologie. Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart. 640 Seiten. Fr. 33.75.

Die Herausgabe dieses Wörterbuches ist sehr zu begrüßen. Es ist ein handliches Werk von gut 600 Seiten zu einem noch erschwinglichen Preis, das dem Studenten sowie vor allem dem soziologisch interessierten Laien wertvolle Dienste leistet zum Verstehen sozialwissenschaftlicher Begriffe und auch zur Einführung in dieses Stoffgebiet. Als weiterer Vorteil des Buches darf vermerkt werden, daß es nicht einer besonderen Richtung einseitig verschrieben ist.

Ueber die für das soziale Leben wichtigen Begriffe werden Erklärungen gegeben, die meist auch eine geschichtliche Darstellung, einen Hinweis auf verschiedene Theorien und eine knappe Literaturangabe enthalten. Hier einige Beispiele von behandelten Stichwörtern: Macht (die Aufteilung in politische, soziale und wirtschaftliche Macht unter verschiedene Autoren verursacht unnötige Wie-